



Frauenquoten in der Politik wären eine Herabwürdigung

Viele aktive weibliche Parteimitglieder stellen sich gegen die Forderung der Frauenunion

Mit ihren öffentlichen Forderungen nach der Einführung einer Frauenquote bei sämtlichen parteiinternen Wahlen und der Besetzung von Direktmandats- und Listenplätzen sorgte die Frauenunion vergangene Woche für großes Aufsehen in den Medien. Der Leitsatz, dass nur mit Hilfe einer Quote die Frauen in der Politik zu ihrem Recht kommen, ist jedoch problematisch und sollte daher differenziert beurteilt werden.

Beate Merk und andere Frauen in der CSU wollen die Partei weiblicher machen - wenn es sein muss mit einer Quotenregelung. Die CSU habe bei Wählerinnen ein Defizit, sagt selbst der Vorsitzende Horst Seehofer. Mehr Frauen sollen rein - in die Führungspositionen der Partei. Man muss sich schon fragen, wo sich hier der Zusammenhang findet. Wählen Frauen eine Partei erst dann, wenn sich in den Führungspositionen zu 40 % Frauen befinden?

„Wenn sich ein Frau wirklich engagieren will, dann kann sie das auch!“, so die überzeugte Meinung von Julia Kraus, der JU-Kreisgeschäftsführerin aus Regensburg. „Keine Frau will nur aufgrund einer Quote den Zugang zu Ämtern oder Mandaten bekommen. Viel wichtiger sind fachliche und persönliche Qualifikationen für die jeweilige Aufgabe. Nur so entspricht das Vorgehen auch dem Demokratieprinzip! Es wäre der völlig falsche Weg, wenn durch eine Quote am Ende noch fachlich kompetente Männer außen vor bleiben müssten.“

„Auch in Regensburg gibt es zahlreiche junge Frauen, die sich in der Jungen Union und auch in der CSU aktiv einbringen und dadurch Führungspositionen bekleiden“, so Kraus weiter. „Die Einführung einer Quote würde deren ehrliches Engagement herabwürdigen und wäre nur einem falsch-geleiteten Feminismus geschuldet.“

So kann schließlich festgestellt werden, dass die Einführung einer Quote für den Frauenanteil in Führungspositionen der CSU nicht nur eine Herabwürdigung für die Frauen darstellen würde, sondern auch die Frage aufwirft, ob man dann auch für jede andere Wählergruppe eine entsprechende Quote einführen muss. Dies ist mit einer funktionierenden demokratischen Parteistruktur nicht mehr zu vereinbaren.

Regensburg, den 05.03.2010

Julia Kraus

Kreisgeschäftsführerin

julia.kraus@ju-regensburg-stadt.de